

**Stadtvertretung
der Landeshauptstadt
Schwerin**

Tagesordnungspunkt

öffentlich

nicht öffentlich

--

Datum: 27.08.2018

**Antrag
Drucksache Nr.**

--

Antragsteller DIE LINKE

Bearbeiter:

Telefon: 0385/545- 2957

Beratung und Beschlussfassung im

Fachausschuss für

- | | | |
|---|---|--|
| <input type="checkbox"/> Finanzen und Rechnungsprüfung | <input type="checkbox"/> Hauptausschuss | <input type="checkbox"/> Stadtvertretung |
| <input type="checkbox"/> Bauen, Ordnung, Umwelt und Stadtentwicklung | | |
| <input type="checkbox"/> Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften | | |
| <input type="checkbox"/> Soziales und Wohnen | | |
| <input type="checkbox"/> Kultur, Sport und Schule | | |
| <input type="checkbox"/> Verwaltungsmodernisierung und Umlandbeziehungen | | |
| <input type="checkbox"/> | | |

Beschluss am:

Betreff

Zeit für Alternativen – Vorhaben Videoüberwachung Marienplatz einstellen

Beschlussvorschlag

Die Stadtvertretung möge beschließen:

- Die Beschlussfassung zu Punkt 1 der Drucksache 00882/2016 wird aufgehoben. Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, sich mit dem Innenministerium bezüglich möglicher Alternativen zur Videoüberwachung, z.B. durch die Einrichtung einer Wache am Marienplatz zu verständigen.
- Darüber hinaus soll er die im Zuge der bisherigen Entwicklung entstandenen Kosten darstellen und zu den im Punkt 2 der Drucksache 00882/2016 beschlossenen Maßnahmen, wie dem Einsatz von Straßensozialarbeitern und der verstärkten Präsenz von KOD Mitarbeitern und den dadurch erzielten Effekten berichten.

Begründung

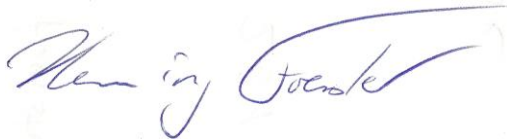
20 Monate nach der Mehrheitsentscheidung der Stadtvertretung für eine Videoüberwachung des Marienplatzes ist diese noch immer nicht realisiert. Wegen technischer Probleme mussten bereits montierte Kameras wieder abmontiert werden. Laut Innenministerium muss europaweit neu ausgeschrieben werden, mit einem Ergebnis ist frühestens zum Jahresende zu rechnen. Unabhängig davon, wie man das Instrument der Videoüberwachung politisch bewertet, ist das Projekt in den Augen der Öffentlichkeit gescheitert. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger sprechen ganz offen von einer Provinzposse und fordern anstelle von Kameras die dauerhafte Anwesenheit von Polizei. Immer wieder wird diesbezüglich gegenüber der Antragstellerin die Einrichtung einer Marienplatzwache, z.B. in den Räumlichkeiten des ehemaligen Geschäftes der Firma Photo Dose angeregt. Diese würde dem Sicherheitsempfinden eher Rechnung tragen und darüber hinaus die Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamten verbessern.

nur auszufüllen bei haushaltswirksamen Beschlüssen

Mehrausgaben / Mindereinnahmen in der Haushaltsstelle:

Deckungsvorschlag:

Mehreinnahmen/Minderausgaben in der Haushaltsstelle:



Henning Foerster
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE